

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 846 ppbn d



## Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle, verurteilt Kohls Ja zu den US-Weltraumwaffen-Plänen: Aufrüstung programmiert.

Seite 1

Ernst Waltemathe MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, mißt die Aktivitäten des Bauministers an dessen Ankündigungen und legt die Alternativen der SPD dar: Diskrepanzen.

Seite 3

### Dokumentation

Der Vorsitzende des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO), Horst Sieff MdB, legte in einem Referat vor dem nordrhein-westfälischen ZMO-Landesverband dar, daß Czajas und Hupkas Forderungen den Vertriebenen schaden. Wir veröffentlichen Auszüge.

Seite 5

40. Jahrgang / 31

13. Februar 1985

### Friedenspolitische Bemühungen ruiniert

Mit seinem Ja zu Weltraumwaffen ließ sich Kohl zum Abziehbild des Weißen Hauses machen

Von Dr. Hermann Scheer MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle  
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Rede von Bundeskanzler Kohl auf der Münchner Wehrkunde-Tagung, in der er eine europäische Beteiligung und damit Mitfinanzierung an der amerikanischen Weltraumrüstung ausdrücklich forderte, hat manche überrascht. Das politisch auffallendste an dieser Rede ist, daß sie in dramatischem Gegensatz zu Positionen steht, die noch im letzten Jahr Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner öffentlich bezogen hat. Die Forderung Kohls ist ein eindeutiger politischer Umfall vor der amerikanischen Regierung. Gleichzeitig zeigt diese Rede, daß es schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bundesregierung über diese Frage gibt. Auf der einen Seite stehen Experten aus dem Bundesverteidigungsministerium, die wohl auch die zunächst kritischen Positionen des Verteidigungsministers mit geprägt haben und die schwerwiegende Bedenken gegen diese Weltraumrüstung haben. Auf der anderen Seite steht das Kanzleramt, das zunehmend durch öffentliche Festlegungen auf der Grundlage spezieller Kontakte zwischen Kanzleramt und Weißem Haus beziehungsweise Pentagon jede amerikanische Rüstung gutheißt und mitvollzieht.

Dies zeigt sich anhand der Entwicklung des letzten Jahres:

- als im Frühjahr 1984 der amerikanische Präsident die Strategische Verteidigungsinitiative verkündete und Weinberger auf der Nato-Tagung in Cesme dafür warb, widersprach Wörner noch öffentlich. Er trat auch in den Wochen danach nachdrücklich dafür ein, was er in einem Schreiben an mich folgendermaßen zum Ausdruck brachte: "Ich habe... auf die Notwendigkeit zweckmäßiger Rüstungskontrolle zur Begrenzung von weltraumgestützten militärischen Systemen und Verhandlungen darüber mit der Sowjetunion hingewiesen. Dies werde ich auch in Zukunft tun, denn es erscheint mir dringend geboten, alle Chancen zu einer Rüstungskontrolle in diesem Bereich zu nutzen."



- In den folgenden Monaten wurde diese Position der grundsätzlichen Bedenken gegen die Weltraumrüstung verwässert. Es kam die Argumentation auf, daß eine Abkoppelung zwischen der westeuropäischen und der amerikanischen Verteidigung vermieden werden müßte. Daraus war bereits herauszulesen, daß die Bedenken gegen die amerikanische Weltraumrüstung dann zurückgestellt werden könnte, wenn die Abkoppelung vermieden werden könnte.
- Neben der grundsätzlichen Kritik und der vorbehaltlichen Kritik an der Strategischen Verteidigungsinitiative tauchte in den Wochen vor den Genfer Vereinbarungen zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Außenminister eine dritte Argumentationslinie auf. Jetzt hieß es, die amerikanische Weltraumrüstung hätte die Sowjetunion an den Verhandlungstisch gezwungen und erfülle damit einen wesentlichen Rüstungskontrollpolitischen Effekt, so daß über den problematischen Gehalt von Star-Wars-Programmen deshalb zunächst einmal nicht mehr besonders nachgedacht werden müßte.
- Die vierte Argumentation hat jetzt Kohl bezogen. Er tritt offensiv und grundsätzlich für Weltraumrüstungs Bemühungen ein, fordert eine aktive deutsche Beteiligung und macht ganz offenbar diese Haltung nicht einmal mehr von den Rüstungskontrollverhandlungen abhängig. Das heißt, daß das Ziel der Vermeidung der Weltraumrüstung durch einen Rüstungskontrollvertrag mit der Sowjetunion gar nicht mehr verfolgt wird. Entweder beteiligt sich die Sowjetunion ihrerseits an einer vertraglich vereinbarten Weltraumrüstung, oder diese findet ohne einen solchen Rahmenvertrag um so forciert gegen die Sowjetunion statt.

Damit ist vorprogrammiert, daß die Verhandlungen nicht bei weniger Waffen enden sollen, sondern erneut bei einer möglichst vertraglich, notfalls aber nicht vertraglich vereinbarten weiteren dramatischen Aufrüstung. Diese Position, für die Bundeskanzler Kohl die volle persönliche Verantwortung übernommen hat, ist abenteu-erlich, ruiniert friedenspolitische Bemühungen und stürzt uns, wenn die Position jetzt nicht aufgehalten werden kann, in ein heilloses finanzielles Desaster.

Dies muß in aller Deutlichkeit gesagt werden, damit der Öffentlichkeit klar wird, mit welcher betörenden Fahrlässigkeit der Bundeskanzler sich zum Abziehbild des Weißen Hauses machen läßt, sich sogar über die Bedenken der militärischen Experten der Bundesregierung aufs leichtfertigste hinwegsetzt und westeuropäische Bemühungen, sich gegen diese Weltraumrüstung zu stellen, zersetzt. (-/13.2.1985/va-he/rs)

+ + +



Dr. Schneider soll endlich seine Arbeit machen

Der Bauminister, was aus seinen Ankündigungen wurde und welche Forderungen die SPD erhebt

Von Ernst Waltemathe MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Bundesbauminister Dr. Oscar Schneider (CSU) hat schon viele Ankündigungen gemacht, aber sich in keinem Falle durchgesetzt:

1. 100.000 Bauarbeiter wollte er zusätzlich zu Arbeit und Brot bringen durch das Ende 1982 (aus der verfassungswidrigen Zwangsanleihe finanzierte) aufgelegte Milliardenprogramm.

Ergebnis: 200.000 Bauarbeiter werden zusätzlich arbeitslos, weil an ein kurzfristiges Strohfeuer kein Anschluß erfolgte.

2. Die Quote selbstnutzender Wohnungseigentümer soll von 40 auf 50 Prozent gesteigert werden. Aber noch immer hat die Bundesregierung keinen Gesetzentwurf vorgelegt für eine verbesserte Steuerregelung anstelle des bisherigen Paragraphen 7 b EStG. Fest steht nur, daß ein neues Gesetz - geht es nach der Bundesregierung - erst 1987 wirksam werden soll. Bis dahin warten Häuslebauer wohl besser ab, was nun wird.

Folge: Keine Bauaufträge im Eigentumsbereich.

3. Das Wohngeld sollte nach Schneiders Versprechungen zum 1. Januar 1985 verbessert werden.

Ergebnis: Verschiebung um ein Jahr, Verschlechterung des 1981 durch eine Strukturreform erheblich verbesserten Wohngeldrechtes.

4. Das Angebot an Mietwohnungen sollte durch Verschlechterung des Mieterschutzes und des Schutzes von Mieterhöhungen erhöht werden.

Ergebnis: Keine einzige Mietwohnung wurde seit 1983 zusätzlich gebaut, statt dessen erhöhten sich die Mieten doppelt so schnell wie die allgemeinen Lebenshaltungskosten.

5. Wer eine Wohneigentumsquote von 50 Prozent ankündigt, muß auch sagen, wie die andere Hälfte der Wohnbevölkerung, die sich keine eigenen vier Wände leisten kann, als Mieter abgesichert werden soll.

Bei Minister Schneider: Fehlanzeige.

6. Das Baurecht soll durch ein "Jahrhundertwerk" vereinfacht werden.

Ergebnis: Wenn überhaupt etwas passiert, gibt es ein Beschäftigungsprogramm für Bürokraten, die Paragraphen umgestalten, ohne die Probleme der Städte und Gemeinden um ein Jota lösen zu helfen. Außerdem einen Abbau von Bürgermitverantwortung für die Planung geordneter, zukunftsgerichteter Stadtentwicklung. Neue Investitionsstaus sind vorprogrammiert.

Gegenüber einem Bundesbauminister, der kläglich versagt, mußte die SPD im Interesse von Bauwirtschaft, Wohnbevölkerung und Umwelt die Initiative ergreifen.

- Das Sondervermögen Arbeit und Umwelt würde mindestens 200.000 Bauarbeiter dauerhaft in Lohn und Brot bringen und die Bauaufgaben formulieren, die dringend angepackt werden müssen, um die Umwelt in Städten und Gemeinden in Ordnung zu bringen.



- Wenn schon das Wohngeld 1985 nicht verbessert wird, soll es wenigstens nicht auch noch sinken. Deshalb hat die SPD ein Gesetz eingebracht, mit dem Wohngeldbescheide des Jahres 1984 bis zum Inkrafttreten verbesserter Bestimmungen weitergelten und keine Abstriche gemacht werden.
- Die SPD hat längst einen durchgerechneten, effektiven und gerechten Gesetzentwurf für die Förderung selbstgenutzten Wohneigentums in den Bundestag eingebracht. Danach würden ab 1986 Hauslebauer beziehungsweise Wohnungserwerber
  - o neun Jahre lang für ihre vier Wände unabhängig von der Einkommenshöhe zwischen 400 und 500 DM pro Monat vom Finanzamt direkt erhalten,
  - o zusätzlich für jedes zum Haushalt zählende Kind 100 DM im Monat,
  - o Käufer einer schon bestehenden Wohnung für eigene Wohnzwecke (zum Beispiel bisherige Mieter) zwei Drittel der Förderungshöhe eines Neubaus,
  - o alle Selbstnutzer von einer Besteuerung ihrer Wohnkosten befreit.
- Die SPD hat am 5. Februar 1985 einstimmig beschlossen, ein Artikelgesetz zur Sicherung preiswerten Wohnens vorzubereiten. Es ist vorgesehen:
  - o Wohnraum besser gegen Umwandlung und Verdrängung der Mieter zu schützen,
  - o Zweckentfremdung von Wohnraum zu erschweren,
  - o Spekulation mit preisgünstigen Altbauwohnungen einzudämmen,
  - o Mietern mehr Mitsprache bei der Verwaltung von Wohnraum einzuräumen,
  - o modernisierungsbedingte Mieterhöhungen zu begrenzen,
  - o Wohnungsmodernisierungs- und Energieeinsparungsinvestitionen direkt zu fördern,
  - o Einkommensgrenzen zu überarbeiten, damit Normalverdiener nicht aufgrund normaler Lohn- oder Gehaltserhöhungen zu "Fehlbelegern" werden,
  - o Wohngeld alle drei Jahre anzupassen,
  - o Selbsthilfe und Selbstverwaltung zu ermuntern.

Sowohl bauwirtschaftlich als auch bezogen auf die zukünftigen Aufgaben für umweltbewußten Städtebau hat die SPD die besseren Alternativen. Der Bauminister sollte aus seinen Träumen erwachen und, statt Luftschlösser zu erfinden, lieber seine Arbeit machen. Wenn er das nicht kann, ist er überflüssig. (-/13.2.1985/vo-he/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Horst Sielaff: Grenz-Diskussion schadet Vertriebenen

Der Vorsitzende des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO), Horst Sielaff MdB, warnte in einem Vortrag "Deutsche Ostpolitik - die Folgen von Jalta" vor dem ZMO-Landesverband Nordrhein-Westfalen am Wochenende vor revisionistischen Forderungen. Wir dokumentieren seine abschließenden Feststellungen im Auszug:

"In allen Dokumenten der Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland sind das Friedensgebot und der Gewaltverzicht dominierend.

Vertriebene, Flüchtlinge, Aus- und Umsiedler haben mit am längsten an den Folgen des Krieges zu leiden - sie haben besonders stark erlebt, was Vertreibung bedeutet, deshalb sind besonders gerade sie dazu aufgerufen, alles zu tun, um eine neue Vertreibung und neues Unrecht zu verhindern.

Proklamationen wie 'Schlesien ist unser' stehen diesen Grundgedanken entgegen, sind friedensgefährdend und politisch unrealistisch.

Nur ein Klima des Vertrauens ermöglicht es, intensive Kontakte zu den Menschen in der früheren Heimat und den Geburtsstätten vieler Deutscher zu unterhalten.

Wer das Vertrauen der Menschen in der Volksrepublik Polen zu uns Deutschen erneut bricht oder durch unsinnige juristische Wortspielereien gefährdet, handelt gegen die Interessen der Menschen, die in dem Gebiet jenseits der Oder-Weiße-Grenze geboren sind.

An dieser Stelle wird auch deutlich, daß der negative Begriff 'Verzicht eine ganz und gar unzulängliche Bezeichnung für den deutschen Beitrag zu einer Friedensregelung ist, die eine neue Partnerschaft zwischen Völkern begründen soll', wie es in der Ostdenkschrift der EKD 1965 hieß.

Ein Friedensvertrag kann nur mit Zustimmung aller betreffenden Länder (einschließlich der Zustimmung Polens) die heute real bestehenden Grenzen verändern. Insofern eindeutig: Die deutsche Frage ist geregelt - es sei denn in einem Friedensvertrag wird einmütig eine Änderung festgelegt.

Das Argument, Deutschland habe nie auf Gebietsansprüche verzichtet und der Verweis auf die endgültige Entscheidung im Friedensvertrag sind vielleicht interessante Themen für Jura-Seminaristen, jedoch keine Grundlage für reale politische Entscheidungen...

Eine künftige haltbare Friedensordnung kann im Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn nur im Zeichen eines neuen Anfangs verwirklicht werden...

Das Gemeinsame, nicht das Trennende, sollte im Vordergrund unserer Diskussion stehen. Der Versöhnung mit dem Westen sollte endlich auch die Versöhnung mit dem Volk folgen, das am stärksten unter Deutschen leiden mußte: den Polen.

Die Darstellung der gemeinsamen Geschichte der gegenseitigen kulturellen Befruchtung und die wechselseitige positive Beeinflussung sollten in den Vordergrund gestellt werden und nicht die Wahrung eines isoliert dargestellten ostdeutschen Kulturgutes.

Nicht die Schaffung eigener Museen in der Bundesrepublik Deutschland für ostdeutsches Kulturgut ist notwendig und sinnvoll, sondern die Förderung von Museen in der Volksrepublik Polen, die das gemeinsame Erbe zeigen und verwalten.

Versuchen wir das Gemeinsame - nicht gegen-, sondern miteinander. Voraussetzung für uns Deutsche ist dazu, daß wir die heute existierenden Realitäten annehmen und nicht Scheindiskussionen über eventuelle Grenzänderungen bei einem späteren Friedensvertrag führen - die nicht nur unsere Nachbarn im Osten, sondern auch im Westen irritieren müssen!"

(-/13.2.1985/vo-he/rs)

+ + +

